

SPD demokratischer pressediens

P/XXVIII/73

13. April 1973

94,3 vH. für Willy Brandt !

Großer Wahlerfolg für den SPD-Vorsitzenden

Seite 1 / 33 Zeilen

Gestärkt in die neuen Verhandlungen

Hannover-Parteitag stützte Brandts Außenpolitik
ab

Seite 2 / 41 Zeilen

Für die Union keine Zeit

SPD-Parteitag setzt SPD-Pflichte für morgen

Seite 3 und 4 / 62 Zeilen

Deutsch-dänische Minderheitenpolitik ein
Modellfall

Wirklichkeit findet aber keinen Niederschlag
in den Schulbüchern

Seite 5 und 6 / 68 Zeilen

94,3 vH. für Willy Brandt !

Großer Wahlerfolg für den SPD-Vorsitzenden

404 von 428 Delegierte votierten in Hannover am Freitagmittag für Willy Brandt als Parteivorsitzenden: das sind 94,3 vom Hundert der abgegebenen gültigen Stimmen ! Dieses Wahlergebnis zeigt Brandt erneut auf einem Gipfelpunkt seiner Beliebtheit, der ihm gezeigten Anerkennung und des Vertrauens, das ihm nicht nur in der eigenen Partei entgegenschlägt, sondern das seine Partei in Hannover stellvertretend auch für die eine große Mehrheit der Bundesbevölkerung ausgesprochen hat.

Willy Brandt hat sich dieses Vertrauen und diese Anerkennung hart erarbeitet. Der unermüdlische Fleiß, die Anspannung, der stete Einsatz, der Mut zur Initiative, die Solidarität und die Bereitschaft zum Ausgleich sind einige der wichtigsten positiven Aspekte dieses Mannes, der eine der großen Persönlichkeiten in der 110jährigen Geschichte der SPD und in der Nachkriegsgeschichte Deutschlands ist. Mit Willy Brandts Namen ist der Aufstieg der SPD zur führenden Regierungspartei der Bundesrepublik verbunden, an Willy Brandts Namen ist die Verklammerung der westlichen und des östlichen Zweigs einer Außenpolitik der Entspannung, der Zusammenarbeit und des Friedens geknüpft, unter Willy Brandts Namen erfolgt die große Reformveränderung der deutschen Gesellschaft und die Absicherung des sozialen und demokratischen Rechtsstaates - und alles dient, wie das der ihm erteilte Auftrag der SPD verheißt, dem Menschen in einer Welt, in der die nichtkriegerische Gefährdung des Menschen ständig zunimmt.

Die Pflicht, in die Willy Brandt am 13. April 1973 durch das 94,3 vH.-Votum seiner Partei genommen wurde, ist eine so schwere Last, dass sie ein Mann allein nicht tragen kann. Die Partei muss also ihrem ersten Mann zur Seite stehen, ihn stützen, ihn fördern, ihm helfen und ihm zuarbeiten, damit die gemeinsame grosse Aufgabe Zug um Zug verwirklicht werden kann. Der Auftrag von Hannover an Brandt ist also zugleich der Auftrag an jeden einzelnen der bald eine Million SPD-Mitglieder.

(ee/13. April 1973/män/ee)

- + +

Gestärkt in die neuen Verhandlungen

Hannover-Parteitag stützte Brandts Außenpolitik ab

Mit einer Mehrheit, die objektive Beobachter als "überwältigend" qualifizierten, hat der Hannover-Parteitag den außenpolitischen Kurs Willy Brandts und der Parteiführung vollumfänglich bestätigt. Nur rund 30 Delegierte versagten sich dem Ruf zur Solidarität in einem Bereich, in dem die von der eigenen Partei geführte Regierung grösste Erfolge zu verzeichnen hat und in dem diese eigene Regierung der Bundesrepublik einen in der ganzen Welt hochangesehenen Platz im Kampf um Entspannung, Zusammenarbeit und Frieden erobert hat. Das positive Echo aus allen Teilen des Auslandes ist zusätzlicher Beweis für die Güte des Parteitagbeschlusses, der der Partei- und Regierungsführung das Vertrauensplacet für die zügige Weiterführung der initiativen Bemühungen in der Deutschlandpolitik, der Europapolitik, der Bündnispolitik, der Ostpolitik und der Entwicklungspolitik erteilt hat. Abgerundet und abgestützt wird diese aussenpolitische Zustimmung durch die Bestätigung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die zwar, in einer Zeit der gesteigerten Hoffnungen auf Rüstungsbeschränkung und vielleicht sogar schon erste Schritte der Abrüstung, kritischer betrachtet wird, aber dennoch ihren unangestasteten Stellenwert behalten hat.

Dieser aussenpolitische Erfolg bringt aber nicht nur eine bemerkenswerte Stärkung der bundesdeutschen Position im Weltkonzert und eine weitere Steigerung des Ansehens des Bundeskanzlers in allen Teilen der Welt. Vor diesem Hintergrund wird der deutsche Beitrag zu allen laufenden internationalen Verhandlungen sein besonderes Gewicht behalten und noch hilfreicher werden können. Dieser Erfolg muss aber zugleich auch eine anhaltende Reinigung der inneren Atmosphäre bringen, denn Hannover hat mit einem Schlag das trübe Nebelgespinnst der angeblichen Besorgnisse über eine ebenso angebliche Gefährdung der Bundesrepublik durch sozialdemokratische Aussenpolitikexperimente weggefegt. Die Agitation der CDU und der CSU einschliesslich ihrer journalistischen Hilfstruppen vor allem in der Springer-Presse ist in sich völlig unglaubwürdig und damit auch wertlos geworden.

Willy Brandt wird bei seinen unmittelbar bevorstehenden Auslandsreisen und bei seinen sonstigen Zusammenkünften mit ausländischen Staatsmännern aus West und Ost als ein Mann auftreten, sprechen und handeln können, der das breiteste Vertrauen seiner Partei für seine Aussenpolitik genießt, dass in einer Demokratie praktisch denkbar ist. Es steht ausser Zweifel, dass man das Ausland sorgsam beachten wird. (ee/13. April 1973/mäu/ee)

+ + +

Für die Union keine Zeit

SPD-Parteitag setzt SPD-Pflocke für morgen

Nach einem Wort vom CDU-Bundestagsvizepräsidenten Kai Uwe von Hassel ist die Gemeinsamkeit in der Ostpolitik, die in der Zeit aller früheren Bundesregierungen bestanden habe, "zerbrochen". Diese im anklägerischen Ton gehaltene Feststellung eines führenden CDU-Politikers trifft leider zu: der Mann hat Recht, wobei er sich freilich für sich selbst und für seine Partei an die Brust schlagen muß. Die Unions-Parteien beharren nämlich, in unterschiedlichen Graden und repräsentiert durch unterschiedliche Personen, auf ihren sterilen Positionen. Sie nehmen das Neue, das die sozialliberale Allianz bewirkte, nicht zur Kenntnis, und sie sind Gefangene überlebter Denkkategorien. Das macht sie unfähig, den Wandel, der auch das politische Klima in Europa in Richtung eines gesicherten Friedens gründlich veränderte, zu begreifen. Im Grunde genommen wünschen sie sich die Zeit des Kalten Krieges zurück, in der es so leicht war die Welt in Gute und Böse aufzuteilen.

In ihrem Selbstverständnis stand die Union immer auf der Seite des Guten, und wer gegen sie war, der zählte zu den Schlechten, zu den hassenswerten Feinden. Ein solches Weltbild konnte auf die Dauer nicht bestehen und es mußte diejenigen, die dennoch daran festhielten und festhalten und von ihm ihre Handlungen und Motivationen ableiteten, zur Blindheit verurteilen. Die von der Regierung Brandt/Scheel mit Zustimmung unserer westlichen Verbündeten eingeleitete Verständigungspolitik auch mit unseren östlichen Nachbarn forderte und fordert noch heute den Widerstand der Union heraus. Wie kann es da noch "Gemeinsamkeit" geben? Sie treiben sich selbst in die internationale Isolierung. Isolierung kann sich jedoch die Bundesrepublik nicht leisten, denn sie wäre für sie lebensgefährlich.

So sah es auch die Mehrheit der Wähler am 19. November 1972. Sie verbannte mit sicherem Instinkt für das, was unserem Volke

gut tut, die Union auch weiterhin auf die für sie bitteren Bänke der Opposition. Seitdem befinden sich die Unions-Parteien in einem Zustand des Katzenjammers. Noch immer hält der Schock an. Sie haben sich selbst als ein die Politik mitgestaltender Faktor ausgeschaltet. Der den SPD-Parteitag in Hannover beobachtenden deutschen und internationalen Presse fiel auf, daß sich dieser Parteitag, dem viele das Prädikat historisch verleihen, mit der CDU/CSU kaum befaßte. Nach den Gründen dieser Enthaltensamkeit einer großen und von Vitalität strotzenden Partei gegenüber ihrer Konkurrentin braucht man nicht lange zu suchen.

Wer nichts mehr zu geben hat, macht sich selbst überflüssig, und wer keinen konstruktiven Beitrag zu den bewegenden und bedrängenden Fragen unserer Zeit und unserer Gesellschaft mehr liefern kann, stellt sich selbst ein Armutszugnis aus. Waren es nicht die Sozialdemokraten, von denen die ersten Denkansätze in Sachen eines neuen Bodenrechts und der Bekämpfung der Bodenspekulation kamen? Waren es wiederum nicht Sozialdemokraten, die als erste die Notwendigkeit von grundlegenden Reformen erkannten, an die herangegangen werden muß, wenn Staat und Gesellschaft nicht hoffnungslos zurückbleiben wollen?

Die Union lebt in der Welt des Gestrigen und bleibt ihr verhaftet. So hat sie sich den Blick für die Zukunft versperret. Ihre erlahmenden Energien erschöpfen sich in Gruppen- und persönlichen Rivalitätskämpfen. Gewiß ging von ihr in den ersten Nachkriegsjahren eine Leuchtkraft aus, die viele Millionen Bürger unseres Landes in Bann zog: Diese Leuchtkraft ist erloschen, und Quellen der Erneuerung sind nicht in Sichtweite. Der SPD-Parteitag in Hannover hat deshalb gut daran getan, für sich selbst Zeichen für das morgen zu setzen und seinen Blick nach vorn zu lenken, statt sich mit einer Parteiengruppierung zu befassen, die von geistiger und politischer Sterilität heimgesucht wird.

(ae/13.4.1973/ks/ex)

Deutsch-dänische Minderheitenpolitik ein Modellfall

Wirklichkeit findet aber keinen Niederschlag in den Schulbüchern.

Die Minderheitenpolitik im deutsch-dänischen Grenzland ist für alle Minderheiten in Europa zu einem Modellfall der Liberalität und freien Entfaltungsmöglichkeit geworden. Dänemark hat für die deutsche Minderheit in Nordschleswig und die Bundesrepublik für die dänische Minderheit im Norden Schleswig-Holsteins eine Politik entwickelt, die vorbildlich ist. Die freie kulturelle Entfaltungsmöglichkeit besteht; das Schulwesen in der eigenen Sprache ist beiderseits der Grenze auf dem modernsten Stand; und die Staatskassen leisten für die Minderheiten großzügige Zuschüsse.

Schon zu einer sehr frühen Zeit nach Kriegsende hatte die Politik der sozialdemokratischen Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein und Dänemark eine derartige Minderheitenpolitik auf den Weg gebracht. Damals mußten die konservativen Vorstellungen mancher CDU-Politiker in Schleswig-Holstein abgewehrt werden. Es sei daran erinnert, daß Bundeskanzler Konrad Adenauer seine Kieler Parteifreunde an die Kandare nehmen mußte, um das Wahlgesetz derart zu ändern, daß die politische Partei der dänischen Minderheit im Kieler Landtag wieder eine Chance bekam. Die Sozialdemokraten von Dänemark drängten darauf, daß Grenzrevisionen dort nicht wieder politischer Alltag wurden.

Nun scheinen aber weder die dänischen noch die deutschen Geschichtsbücher mit dieser Entwicklung nicht mitgehalten zu haben. Der Vorsitzende der konservativen Partei Dänemarks, Erik Haunstrup-Clemmensen, hat den Eindruck, daß zwischen Dänen und Deutschen im Grenzland noch immer Kampfstimmung herrsche, wenn man den Geschichtsbüchern folgen würde. Karl-Otto Meyer, der Abgeordnete der dänischen Minderheit im Kieler Landtag, meinte, in dänischen Geschichtsbüchern werde der Eindruck erweckt, daß sich die Deutschen und Dänen noch täglich in den Haaren liegen. Der Vorsitzende der dänischen Geschichtslehrervereinigung, Studienrat

Finn Lindhardt Madsen, hat einen Ausschub befürwortet, der die Geschichtsbücher auf einen aktuellen Stand bringen soll.

Diese Überlegung ist von der sozialdemokratischen Landtagsopposition in Schleswig-Holstein und da speziell von dem Abgeordneten aus Flensburg, Klaus Matthiesen, aufgegriffen worden. In der Tat, die Angelegenheit muß rasch bearbeitet werden, und nicht nur in Dänemark. In den Geschichtsbüchern der schleswig-holsteinischen Schüler wird die ganze Thematik, also die humane Begegnung an der Grenze als Erfolg der dänischen und deutschen Nachkriegspolitik, nicht genügend zum Ausdruck gebracht. Da heißt es z.B. in dem sozialkundlichen Arbeits- und Nachschlagebuch "Vergangenheit und Gegenwart" auf Seite 131: "Schleswig-Holstein hatte durch den Flüchtlingsstrom besondere Aufgaben und wirtschaftliche Schwierigkeiten. Die dänisch gesinnte 'Südschleswiger Wählervereinigung (SSW)' konnte 1949 vorübergehend ein Bundestagsmandat erringen, ihre Stimmzahl (Speckdänen!) ging inzwischen stark zurück".

Das alles ist in der Zusammenfügung falsch. Hinzu kommt, daß es eine Organisation SSW nicht gibt. In der dem Buch beigelegten Tabelle über die Länderparlamente erscheint zwar ein Schleswig-Holstein-Block, aber nicht die politische Partei der dänischen Minderheit Südschleswiger Wählerverband (SSU). Zum Abschnitt über die heutigen Parteien in dem Geschichtsbuch "Erbe und Auftrag" wird der SSW nicht erwähnt, wohl aber auf den Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) eingegangen. Diese Partei existiert inzwischen längst nicht mehr. Dabei wird aber in dem Buch darauf hingewiesen, daß der BHE in Schleswig-Holstein entstanden ist.

In dem Geschichtsbuch "Von 1850 bis zur Gegenwart" wird lediglich auf die Volksabstimmung von 1920 im Grenzgebiet eingegangen, die damals unter relativ humanen Modalitäten über die Bühne ging. Dieser Tatbestand wird aber eingegrenzt von den Hinweisen auf Abstimmungserschwernissen in Eupen-Melmedy und Oberschlesien. Daß sich aus der damaligen deutsch-dänischen Grenzziehung die Politik einer guten Nachbarschaft und einer großen Toleranz für Minderheiten entwickelt hat, das wird nirgends erwähnt.

Carl Carsten
(-/13.4.1973/ks/ex)